

Lensch und Hué gegen Ströbel.

Vor kurzem hat der sozialdemokratische Reichstagsabg. Dr. Lensch in der Chemnitzer „Volksstimme“ versichert, daß der „Vorwärts“-Redakteur und Landtagsabgeordnete Ströbel die deutsche sozialdemokratische Parteileitung bedrängte, sie möge ihren Einfluß bei der Regierung dahin geltend machen, daß Oesterreich-Ungarn der italienischen Revolverpolitik soweit Rechnung trage, daß alle italienischen Forderungen auf Landabtretungen erfüllt würden. Ströbels Fraktionskollege, Landtagsabg. Hué, erklärt nunmehr in dem sozialdemokratischen Blatt in Bochum, daß er über diese Angaben so verblüfft gewesen sei, daß er ihnen anfänglich nicht Glauben geschenkt habe. Um so größer sei seine Ueberraschung gewesen, daß Ströbel im „Vorwärts“ in der Hauptsache zugebe, so gehandelt zu haben, wie ihm Lensch vorwirft. Hué kommt zu folgender Frage:

„Warum hat Ströbel der Landtagsfraktion, als sie in ihrer letzten sehr ausgedehnten Sitzung auch die Annexionspolitik ausführlich erörterte, nichts von seinem merkwürdigen Schreiben an den sozialdemokratischen Parteivorstand mitgeteilt? Kein Sterbenswörtchen hat er uns, obgleich das Thema: Annexionspolitik nach allen Seiten hin erörtert worden ist, von seiner Bemühung, den Parteivorstand für die österreichisch-italienische „Grenzenberichtigung“ zu interessieren, gesagt! Was das besagen will, wird erst vollkommen verständlich, damit auch meine Verblüffung über den Artikel von Lensch, wenn ich, soweit dies heute schon möglich ist, angebe, wie sich innerhalb der Landtagsfraktion die Annexionsdebatte gestaltete. Ströbel nämlich, der nun selbst zugibt (gemäß seiner spätestens wohl im Mai abgeschickten Eingabe an den Parteivorstand), „unter gewissen Umständen“ bedeutende politische Landartenänderungen, ohne Rücksicht auf die Stimmung der fraglichen Bevölkerung zu befürworten. Derselbe Ströbel hat sich im Juni in der Landtagsfraktion mit aller Schärfe gegen jede Annexion, namentlich, wenn sie gegen den Willen der betreffenden Bevölkerung vor sich gehen solle, ausgesprochen!“ Mehr noch! Einige Fraktionskollegen meinten, wenn man auch solchen Annexionen, da sie den Keim zu künftigen Kriegen legten, widersprechen müsse, so sei doch gegen eine „wirtschaftliche Angliederung“ durch eine Zollunion (wie die Deutschlands mit Luxemburg), die sich vielleicht auf Verabredungen auf militärischem und maritimem Gebiete zwecks besserer Grenz- und Ueberscher-Handelsicherheit stütze, prinzipiell kaum etwas einzuwenden. Selbst gegen diese, wie er meinte, „verkappte Annexionspolitik“ sprach sich Ströbel mit aller Schärfe aus, denn diese sogenannte „wirtschaftliche Angliederung“ könne unter verwandten Umständen nur durch den Druck der Waffengewalt herbeigeführt werden. Mit Rücksicht auf diese Erörterung ging Ströbel mit seinen Freunden sogar eine fraktionsoffizielle Erklärung „gegen alle Annexionen“ nicht weit genug, weil „man“ dabei doch an „Angliederungen“ denken könne... Aber der gestrenge Kato-Ströbel teilte uns nicht offen und ehrlich mit, daß gerade er selbst kurz vorher sich für die Befürworter einer bedeutenden „Grenzenberichtigung“ ins Zeug gelegt hatte! Ich glaube die Pflicht zu haben, nunmehr Ströbel öffentlich zu fragen: Warum haben Sie der Landtagsfraktion von Ihrer Eingabe an den Parteivorstand keine Mitteilung gemacht?

Nachdem Dr. Lensch Ströbels Annexionspolitik mit doppeltem Boden hervorgehoben hatte, hat Abg. Ströbel im „Vorwärts“ geantwortet, daß er in der Annexion fremdsprachiger Völker „einen höchst vernünftigen politischen Akt“ (!) erblicke, wenn sich dadurch Leben und Gesundheit von Hunderttausenden (wenn nicht viel mehr noch) ersparen lasse. Dr. Lensch erwidert darauf jetzt in der Chemnitzer „Volksstimme“:

Sicherlich kann man auf diesem Standpunkte stehen, nur ist man dann kein berufener Vorkämpfer für das sogenannte Selbstbestimmungsrecht der Völker, und vollends hat man jede moralische Möglichkeit, alle Annexionen unbedingt und in jeder Gestalt zu bekämpfen, wie Ströbel in aller Naivität nach wie vor tut, endgültig preisgegeben.

Der „Vorwärts“ hat den Abdruck der Antwort von Dr. Lensch abgelehnt, wenn nicht zuvor die Entgegnung von Ströbel in der Chemnitzer „Volksstimme“ veröffentlicht werde. Die „Volksstimme“ verweigert aber den Abdruck der Erklärung von Ströbel, und zwar mit der Begründung:

Der größte Teil des Ströbelschen Artikels enthält Anrempelungen des Genossen Lensch, die mit der Streitfrage nicht im Zusammenhang stehen. Allenfalls mußte man beim Lesen derselben sich fragen, wie ausgerechnet Ströbel den Mut dazu fand, sich zu entrüsten, nachdem ihm kürzlich erst eine förmlich moralische Abschächtung zuteil wurde, die nicht geringe Beachtung erfahren wird, wenn sie bekannt gegeben werden sollte.